

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 48 (2021)
Heft: 1

Artikel: Wählen und wählen lassen : wie die Frauen ihr Recht ergreifen
Autor: Hirschi, Eva
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1052211>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.12.2025

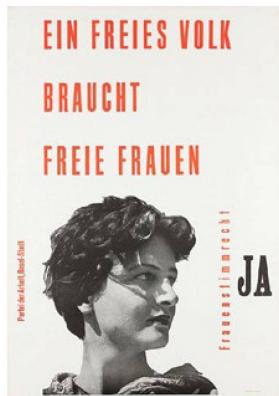
ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Teppichklopfer als schlagendes Motiv.
Abstimmungsplakat zur Zürcher Frauenstimmrechtsvorlage von 1947.

Foto Keystone



Das Ja-Lager warb mit Argumenten: «Ein freies Volk braucht freie Frauen» (1946).
Plakatarchiv Museum für Gestaltung Zürich



Sie klagte beim Bundesgericht und unterlag. Ihre Argumentation, das Wahlrecht in der Verfassung umfasse auch die Frauen, bezeichneten die Richter als «ebenso neu wie kühn».

Persönlichen Preis bezahlt

Ab der Jahrhundertwende begannen sich immer mehr Frauen – und Männer – für das Frauenstimmrecht einzusetzen. Die Landesregierung behandelte das Anliegen schleppend, einzelne Kantone preschten für ihr Hoheitsgebiet vor. Und mit dem gesellschaftlichen Aufbruch Ende der Sechzigerjahre war es dann auch beim Bund soweit. Als letzter Kanton führte Appenzell Innerrhoden 1990 das Frauenstimmrecht ein, auf Diktat des Bundesgerichts.

«Es brauchte immer viel Willen, in allem», stellt Hanna Sahlfeld fest. Sie war 1975 mit einem Glanzresultat wieder gewählt worden, trat später aber zurück. Wegen ihres politischen Engagements konnte ihr Mann in der Ostschweiz keine Arbeit mehr finden. Die Familie verliess die Schweiz und fing in der Nähe von Köln neu an. Hanna Sahlfeld gehört zu den Vorkämpferinnen, die nachfolgenden Frauen-Generationen den Weg ins Bundeshaus ebneten. Um sie zu würdigen, sind an ihren einstigen Pulten heute Plaketten angebracht. «Das Kämpfen hat sich gelohnt», bilanziert Sahlfeld, auch wenn sie und ihr Mann einen persönlichen Preis dafür zahlten. Punktgleichstellung sei heute vieles selbstverständlich, indes: «Wenn Frauen Erreichtes nicht festhalten, kann es rasch wieder verschwinden.»

Mehr zu 50 Jahre Frauenstimmrecht in der Schweiz: www.ch2021.ch

Wählen und wählen lassen: Wie die Frauen ihr Recht ergreifen

Seit fünfzig Jahren verfügen Frauen in der Schweiz über das aktive und passive Wahlrecht. Ihr Anteil in den politischen Gremien steigt. Für eine ausgewogene Vertretung der Geschlechter braucht es aber noch manchen Effort.

EVA HIRSCHI

84 Frauen wurden bei den Nationalratswahlen 2019 gewählt. Das sind 20 mehr als 2015. Eine solche Steigerung hat es seit der Einführung des Frauenstimmrechts 1971 noch nie gegeben. Der Frauenanteil von 42 Prozent ist der Höchststand in der Geschichte des Nationalrats. Im Ständerat kam es zumindest zu einer Trendwende: Nach zwölf Jahren mit rückläufigem Frauenanteil kletterte dieser auf einen neuen Rekord - auf immerhin 26 Prozent. «Das ist ein starkes Zeichen und war dringend nötig. Es widerspiegelt den Zeitgeist und den Frauenstreik», sagt die grünerliberale Nationalrätin Kathrin Bertschy. Die Bernerin ist Co-Präsidentin von alliance f, einem überparteilichen Dachverband von Frauenorganisationen, der sich unter anderem für eine ausgewogene Geschlechterverteilung im Parlament einsetzt. Alliance f ist auch mitverantwortlich für die Kampagne «Helvetia ruft», die potenzielle Kandidatinnen systematisch fördern will.

«Wir haben die Parteien und die Listenverantwortlichen sensibilisiert, Frauen auf aussichtsreichen Listenplätzen zu platzieren, und wir haben Workshops und Mentoringprogramme für Kandidatinnen organisiert», erklärt Flavia Kleiner, Co-Initiantin von «Helvetia ruft». «Dabei geht es uns nicht um Fairness, sondern um ein korrektes Abbild der Schweizer Bevölkerung. Schliesslich machen Frauen die Hälfte unserer Bevölkerung aus», sagt Kleiner.

Aufholjagd mit 170 Jahren Rückstand

Doch warum hat es 50 Jahre lang gedauert, bis Frauen ihren Anteil im Parlament massgeblich erhöhen konnten? «Man muss sich das wie einen Stafettenlauf vorstellen», sagt Kleiner. «Die Männer sind mit einem Vorsprung von rund 170 Jahren gestartet. Es erstaunt also nicht, dass es Zeit braucht, um aufzuholen.» Die Strukturen seien von Männern für Männer gemacht worden, sagt Bertschy: «Mit der Einführung des Frauenwahlrechts wurde verpasst, eine Konkordanz der Geschlechter zu etablieren, wie diese für

die Kantone oder Sprachregionen im Nationalrat gilt. Der Bundesstaat beruht ja auf zahlreichen Quoten, ich bin quasi eine Quotenbernerin.»

Lange wurden allerdings nicht einfach wenig Frauen gewählt, es gab auch wenig Kandidatinnen. Gründe dafür sieht Flavia Kleiner in erster Linie in den strukturellen Hürden: «Die Vereinbarkeit von politischer Arbeit und Familie ist nicht einfach, häufig finden Sitzungen und Veranstaltungen am Abend oder am Wochenende statt. Außerdem wird bis heute die Politikkultur von Männern geprägt, und da ist der Umgang manchmal ziemlich grob. Aber auch die mediale Öffentlichkeit geht mit Frauen härter um.»

Das macht ein politisches Amt für Frauen weniger attraktiv, weshalb es grösste Anstrengungen braucht, Frauen zu einer Kandidatur zu überzeugen, sagt die Politologin Sarah Bütkofer. Sie forscht zur politischen Partizipation von Frauen und sagt, die Parteien hätten die besten Möglichkeiten zu handeln: «In der Schweiz sind Parteien kantonal organisiert. Sie haben es in der Hand, Frauen zu fördern und auf gute Listenplätze zu setzen.»

Die Wahl in den National- oder Ständerat setzt in der Regel Erfahrungen auf kantonaler Ebene voraus. Kaum jemand schafft direkt den Sprung ins nationale Parlament. «Auf nationaler Ebene politisiert die Spitze einer Partei. Deshalb ist es entscheidend, bereits auf kantonaler und kommunaler Ebene Frauen zu fördern, damit für höhere Ämter qualifizierte Kandidatinnen bereitstehen», sagt Bütkofer.

Zu zurückhaltend? Zu wenig selbstsicher?

Doch gerade auf kantonaler Ebene ist man in der Schweiz von einer Geschlechtergleichheit immer noch weit entfernt. 2019 lag der Frauenanteil in den kantonalen Parlamenten und Regierungen zwischen 25 bis 29 Prozent. Zwar konnte Basel-Stadt Ende Oktober 2020 den Frauenanteil im Kantonsparlament auf 42 Prozent steigern. Doch gleichzeitig wurden im Kanton Aargau erneut nur Männer in den Regierungsrat gewählt. Im aargauischen Kantonsparlament sank der Frauenanteil sogar.

Martina Sigg, Präsidentin der FDP Frauen Aargau, findet das Ergebnis unbefriedigend: «In einigen Bezirken ist es gar nicht so einfach, Frauen zu finden. Sie sind viel zurückhaltender und trauen sich die Politik weniger zu, oft muss man sie aktiv suchen und überzeugen, sie melden sich selten freiwillig». Deshalb findet sie Kampagnen wie

«*Helvetia ruft*» wichtig. Dennoch: Als 2019 bei der Ersatzwahl in die Aargauer Kantonsregierung Jean-Pierre Gallati von der SVP und Yvonne Feri von der SP zur Wahl standen, entschied sich Sigg für den Mann. «Die SVP hatte Anspruch auf diesen Sitz und er war in meinen Augen besser geeignet für das Amt. Es ist immer auch eine Frage, was man repräsentieren will: die Parteien oder die Geschlechter? Für mich haben die Parteien Vorrang, auch wenn ich es natürlich sehr begrüsste hätte, wenn die SVP eine kompetente Kandidatin nominiert hätte.»

Politik ausserhalb der Parteien

Sich zur Wahl stellen ist das eine, wählen gehen das andere. Und die Schweizer Frauen sind eher zögerliche Wählerinnen geblieben: Die Schweizer Wahlstudie Selects etwa zeigt, dass bei den Eidgenössischen Wahlen 2019 nur 41 Prozent der wahlberechtigten Frauen ihre Stimme abgaben – allerdings auch nur 49 Prozent der Männer.

Schreckt vielleicht die institutionenlastige Politik Frauen ab? Dass sie sich durchaus für politische Anliegen engagieren, hat nämlich etwa der Frauenstreik 2019 gezeigt, als Hunderttausende Frauen auf die Strasse gingen. «Ich war ebenfalls am Frauenstreik und engagiere mich nun seit zwei Jahren in der Eidgenössischen Kommission dini Mueter, der EKdM, die wir nach dem Frauenstreik gegründet haben und die sich für bessere Arbeitsbedingungen in der Kinderbetreuung einsetzt», sagt Lina Gafner.

Die 38-Jährige hat sich bewusst gegen einen Parteibeitritt entschieden. «Ich habe keine Lust auf Machtkampf, Personenkult, aufs Folgen einer Parteipolitik. Mir geht es um die Anliegen selbst.» Für diese setzt sich die EKdM durchaus auch auf politischer Ebene ein und lobbyiert. «Aber für ein politisches Amt aufzustellen lassen, würde ich mich nicht. Die strukturellen Bedingungen sprechen mich nicht an, und die Vereinbarkeit mit Beruf und Familie wäre zu schwierig», sagt Gafner.

Nationalrätin Kathrin Bertschy begrüsste alternative Formen der politischen Partizipation. Sie sagt aber auch: «Es ist wichtig, dass Frauen auch im Parlament vertreten sind und nicht einfach den Männern den Platz überlassen. Denn hier können sie am meisten verändern und Gesetze sowie Rahmenbedingungen für Frauen verbessern.»



Flavia Kleiner sagt, Frauen brauchten Zeit: «Die Männer sind mit einem Vorsprung von rund 170 Jahren gestartet.»



Kathrin Bertschy zum steigenden Frauenanteil im Parlament: «Das ist ein starkes Zeichen und war dringend nötig.»



Sarah Bütkofer: «Die Parteien haben es in der Hand, Frauen zu fördern und auf gute Listenplätze zu setzen.»